Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 7. Januar 1930
Dienstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937–8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis monatlich 4.35 R.-M. (in Berlin eigene Botenzustellung.) Anzeigenpreis: 0.40 R.-M., Familien-Anzeigen und Stellengesuche 0.25 RM. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
Nr. 9

7. 1. 30 — 10 Pfennig

Generalangriff auf die Revisionsklausel

Dr. Schacht und Kastl nach dem Haag gebeten — Was geschieht, wenn Deutschland den Young-Plan „zerreißt"? — Kontrolle durch die Hintertür

Dr. F. K. Den Haag, 6. 1.
(Sonderbericht der „DAZ")

Die deutsche Delegation hat die Herren Reichsbankpräsident Dr. Schacht und Geheimrat Dr. Kastl gebeten, wenn irgend möglich sofort nach dem Haag zu kommen. Geheimrat Kastl wird Mittwoch morgen hier eintreffen. Der Reichsbankpräsident hat telephonisch mitgeteilt, daß er außerstande sei, der Einladung sofort zu folgen, sich aber bereiterklärt, am 12. Januar zu der vorgesehenen Sitzung des Organisationskomitees für die Internationale Bank sich hier einzufinden. So ist ihm daher heute abend die Angelegenheit, um die es sich handelt, schriftlich unterbreitet worden.

Zahlungstermin am 15. oder Letzten?

In den heutigen Besprechungen der Minister der sechs einladenden Mächte ist, wie schon gemeldet, ein Hauptthema die Frage des Zahlungstermins gewesen. Unsere Leser kennen die deutsche These und den Standpunkt unserer Gegner. Die Differenz würde für den Fall, daß die gegnerische These angenommen wurde, 80 Millionen Mark für die ganzen 58 Jahre betragen, oder eine jährliche Neubelastung von etwa vier bis fünf Millionen Reichsmark. Wir sind der Meinung, daß es unmöglich ist, unter irgendwelchen an den Haagen herbeigezogenen Titeln immer neue Millionenbeträge von uns zu erpressen. Schließlich hat der englische Schatzkanzler Snowden die erste Haager Konferenz um geringerer Summen willen beinahe aufs Spiel gesetzt, und das verelendete Deutschland kann ganz und gar nicht mit England verglichen werden. Der Vertretung dieses deutschen Standpunktes begegnete man schließlich mit einem höchst überraschenden Argument: Die gegnerische Seite behauptete nämlich plötzlich, die Pariser Sachverständigen einschließlich der deutschen, hätten der Auffassung, die jetzt von Frankreich und England vertreten wird, seinerzeit stillschweigend zugestimmt. Das gehe einwandfrei aus dem Annuitätenschema hervor, das auf einer Zahlung um Mitte des Monats basiert.

Wir bezweifeln ohne weiteres, daß diese Angabe richtig ist, denn im Young-Plan steht nichts anderes, als daß die Annuitäten „in gleichen Teilbeträgen in ausländischer Währung" zahlbar sein sollen. Die Herren Dr. Schacht und Dr. Kastl werden gewiß diese strittige Frage, in der sie um Stellungnahme gebeten wurden, einwandfrei klären können. Es scheint uns nahe an schwere Illoyalität zu streifen, wenn jetzt von der gegnerischen Seite versucht wird, außerhalb des klaren Textes des Young-Plans irgendwelche stillschweigenden Vorbehalte zu konstruieren. Die Weiterberatung dieses Problems wird am Donnerstag erfolgen.

Der Sturm gegen die Revisionsklausel

Von noch größerer Bedeutung als die oben geschilderte Differenz, die mit vielen anderen die Beratungen der Minister einerseits, der einzelnen Sachverständigen der Delegationen andererseits, den ganzen Tag über in Anspruch nahm, ist aber wohl die Tatsache, daß nunmehr bereits ein klarer Angriff gegen die ohnehin schon geschwächte Revisionsklausel des Young-Plans begonnen hat. Das ist (nach dem polnischen Neujahrsgeschenk) die erste der materiellen Ueberraschungen zu ungunsten Deutschlands, die an dieser Stelle vorausgesagt wurden.

Unsere Gegner werfen eine Reihe von Fragen auf, die alle in der geheuchelten Besorgnis münden, was in dem Falle geschehen würde, daß Deutschland Leistungsunfähig sei, den Young-Plan (etwa unter einem Reichskanzler Hugenberg!) „zerreiße" oder im Sinne des Young-Plans einen Transferaufschub erkläre. Nach dem Sachverständigengutachten von Paris soll die deutsche Regierung das Recht haben, die Uebertragungen unter gewissen Bedingungen um höchstens zwei Jahre aufzuschieben. Nach Erklärung dieses Aufschubs beruft die Internationale Bank einen beratenden Sonderausschuß ein, der die Sachlage zu prüfen sowie den Regierungen und der Bank zu berichten und praktische Vorschläge zur weiteren Anwendung des Young-Plans zu machen hat. Seine Feststellungen sollen rein beratender Natur sein. Sie müssen, erklärt der Young-Plan, von der Bank und „nötigenfalls" von den beteiligten Regierungen bestätigt und angenommen werden.

Hier setzt nun der Gegenstoß der Verhandlungspartner ein. Sie sagen, es sei ungerecht, daß sie ihre Leistungen an die Vereinigten Staaten ohne solchen Transferaufschub durchführen müßten, während gleichzeitig die deutsche Regierung die Möglichkeit habe, unter bestimmten Voraussetzungen von sich aus einen Aufschub zu erklären.

Darauf ist zu antworten, daß eine juristische Verbindung zwischen den interalliierten Schulden und den deutschen Tributen nicht besteht, daß außerdem die deutsche Regierung, ehe sie den Transferaufschub erklären kann, glaubhaft nachweisen muß, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch die Tributzahlungen aufs äußerste gefährdet sind, und daß sie schließlich einem für den deutschen Kredit äußerst nachteiligen Prüfungsverfahren durch jenen Sonderausschuß aussetzt, den zu vermeiden jedes Land äußersten Anlaß hat. Die Frage, was während eines Transferaufschubs mit den aufgeschobenen Zahlungen geschieht, ist von geringerer Bedeutung neben dem grundsätzlichen Wunsch unserer Gegner, größere Sicherheiten gegenüber Deutschland zu erhalten, als der Young-Plan sie ohnehin gewährt.

Wirtschaftliche und politische „Sanktionen"

Auf diesen Problemkomplex geht auch der Umstand zurück, daß neuerdings insbesondere von englischer Seite unter Verwechslung der Nomenklatur von der Notwendigkeit „wirtschaftlicher" Sanktionen für den Fall der Zahlungseinstellung Deutschlands gesprochen wird, während England sich an politischen desinteressieren will. Nach unserem Sprachgebrauch verstehen wir unter Sanktionen in erster Linie die Eventualität der Wiederbesetzung des Rheinlandes

Ueber diese spezielle Streitfrage ist heute in keinem Gremium verhandelt worden. Dagegen fordern unsere Gegner nun eben eine Ausweitung der ihnen im Young-Plan für die deutschen Zahlungen bereits gewährten Garantien in einem Sinne, der einwandfrei die Wiedereinführung einer schikanösen und unerträglichen Finanzkontrolle bedeutet. Sie unternehmen den Versuch, aus dem negativen Pfandrecht, das sie besitzen, ein positives zu machen, und z. B. dem Sonderausschuß, dessen rein beratender Charakter absolut feststeht, weitgehende Befugnisse der Ueberwachung, Nachprüfung und des aktiven Eingreifens in die deutsche Finanzwirtschaft zu geben. Sie greifen damit das zweite Hauptargument für eine Erwägung des Young-Planes durch Deutschland im innersten Kerne an, daß nämlich durch die Neuregelung die eines großen Volkes unwürdige ausländische Kontrolle über seine Wirtschaft beseitigt werden soll.

Man soll mit starken Worten sparsam sein. Denn es ist nicht der erste und nicht der letzte Ueberfall, der uns hier bedroht. Aber von fairer Verhandlungsmethode ist dieses Verhalten offenbar weit entfernt, und der Versuch, es mit dem Volksbegehren oder gar mit dem Memorandum des Reichsbankpräsidenten zu begründen, schlägt völlig fehl. Ueber ihre Geschicklichkeit, einigermaßen plausible Vorwände für neue Erpressungen zu finden, brauchten uns die Vertreter der früheren Entente nicht mehr zu belehren.

Juristenausschuß und deutsch-amerikanischer Sondervertrag

Die Frage der Befugnisse des wiederholt erwähnten Sonderausschusses für die Internationale Bank ist dem morgen zusammentretenden Juristenkomitee überwiesen worden. Das gleiche trifft für die Frage der formellen Ausstattung der von Deutschland auszustellenden Schuldverschreibungen zu. Es muß eine zweckentsprechende Formulierung einerseits für die deutschen Verpflichtungen, andererseits für die Möglichkeiten des deutschen Transfermoratoriums gesucht werden. Schließlich kam heute noch das Verhältnis des Young-Plans zu dem deutsch-amerikanischen Sonderabkommen zur Sprache, neben der Goldeinlösungspflicht der Reichsbank, der Präambel des Schlußprotokolls und der Art, wie die mit England, Belgien und demnächst Italien geschlossenen Spezialverträge in die Schlußakte hineingearbeitet werden sollen.

So ist die Konferenz bereits zu den sachlichen Fragen vorgestoßen, und es bestätigt sich trotz des unübersehbaren Wustes technischer Einzelheiten, die wir im obigen möglichst nur gestreift haben, daß eine ungeheuer komplizierte und gefährliche Arbeit zu leisten ist, nicht etwa, um den Young-Plan, wie er war und seit August verschlechert wurde, zu verbessern, sondern um weitere Verfälschungen zu verhüten. Es rächt sich neben anderem eine katastrophale Finanzpolitik des Reiches, die im Auslande, selbst bei den relativ Wohlmeinenden, den Eindruck nahenden deutschen Bankerotts erwecken mußte.

Der Stand der österreichischen Frage

Wohlwollen für Schober — Es wird weiter verhandelt

Dr. F. K. Den Haag, 6. 1.
(Sonderbericht der „DAZ")

Morgen werden im Einvernehmen mit dem österreichischen Bundeskanzler Schober, der sichtlich in allen Delegationen besonderer Aufmerksamkeit und Achtung begegnet, die Vertreter einiger Großmächte auf die Kleine Entente einwirken, um sie zum Entgegenkommen gegenüber Oesterreich zu veranlassen. Es gibt hier Staaten, deren beglaubigte Vertreter in Wien entriert haben, sie hätten gar keine Ansprüche an Wien zu stellen, während die gleichen Delegationen im Haag plötzlich Forderungen erheben, ohne anscheinend immer ganz genau zu wissen, was sie eigentlich fordern sollen.

Immerhin spitzen sich die Gegensätze, vom taktischen Gesamtbild im Hinblick auf Ungarn abgesehen, im wesentlichen auf eine österreichisch-tschechische Meinungsverschiedenheit zu. Prag hat mit großer Geste eine nicht unerhebliche sogenannte „Befreiungstaxe" zu zahlen übernommen und möchte nun heute, da die Einhaltung des Versprechens schwierig wird, einen Teil davon auf Oesterreich abwälzen.

Herr Schober lehnt aber diese Forderung mit umso größerem Rechte ab, als die Gläubiger der sogenannten „Reliefschuld" Oesterreich ausdrücklich die Verpflichtung auferlegt haben, bis 1968 keine neuen finanziellen Lasten zu übernehmen.

Nach dem Vermittlungsversuch von morgen wird der Bundeskanzler am Mittwoch seine direkten Besprechungen wieder aufnehmen.

Werden die österreichischen Tribute, was wohl doch zu erreichen sein wird, gestrichen, dann ist die Bahn für die notwendige österreichische Investierungsanleihe frei, die die Weimer Regierung zu einem für sie günstigen Zeitpunkt aufzulegen beabsichtigt. Von dem Wegfall des letzten Hindernisses, nämlich des italienischen Widerspruches, sind die Vereinigten Staaten verständigt worden, und zu gegebener Zeit werden die Verhandlungen mit dem großen amerikanischen Bankhaus aufzunehmen sein, das eine Option auf diese Anleihe besitzt.

Kampf um die bulgarischen Tribute

Dr. F. K. Den Haag, 6. 1.
(Sonderbericht der „DAZ").

Der Ausschuß für die nichtdeutschen Tribute unter Vorsitz Loucheurs beschäftigte sich heute zunächst ohne Teilnahme der bulgarischen Delegierten mit den Tributen Bulgariens. Hierbei kam die Ausarbeitung der Pariser Ostreparationskommission zur Sprache, die ihre Stellungnahme in einer Anzahl zum Teil wenig erheblicher technischer Punkte zusammengefaßt hat.

Die Sitzung wurde hierauf unter Teilnahme der bulgarischen Minister Buroff und Moloff fortgesetzt, und Außenminister Bruff erhielt Gelegenheit, in einer außerordentlich eingehenden und durch Tatsachen belegten Rede die finanzielle Lage Bulgariens und den friedlichen Charakter seiner Politik darzulegen. Das Exposé hat, wie wir hören, in der Versammlung einen guten Eindruck gemacht. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der heute nachmittag einige Spezialfragen noch klären und bis morgen früh an den gesamten Ausschuß Bericht erstatten soll.

Man kann annehmen, daß morgen die bulgarische Frage sachlich dahin erledigt wird, daß die bulgarische Tributschuld auf 11 Millionen Goldfranken festgesetzt wird.

Immerhin ist es denkbar, daß die Kleine Entente auch hiergegen noch Vorbehalte macht, um der bei weitem wichtigsten Verhandlung mit Ungarn nicht zu präjudizieren.

Der mazedonische Freiheitskämpfer Spaß Georgieff Saraisti getötet

t. Sofia, 6. 1. (Eigenbericht)

In Sofia begann das neue Jahr mit einem neuen mazedonischen Mord, und zwar wieder zwischen Anhängern Michailoffs und Protogeroffs, die in einer Kneipe um Mitternacht in Streit gerieten, wobei einer der Angreifer, der ehemalige Freiheitskämpfer Spaß Georgieff Saraisti auf der Stelle getötet wurde.

Die italienische Regierung hat den neuen König von Afghanistan anerkannt und wird in kurzer Zeit die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen.

Ein französischer Vorschlag für die Sanktionsfrage

Gerüchte und Zuträgereien

Dr. F. K. Den Haag, 6. 1.
(Sonderbericht der „DAZ")

Der Stand der Sanktionsfrage ist heute abend, daß von französischer Seite der deutschen Delegation die Ueberreichung eines Vorschlages in Aussicht gestellt wurde. Am Spätabend war dieser Vorschlag noch nicht eingegangen. Es werden alle möglichen Gerüchte über seinen Inhalt kolportiert, die besser beiseite gelassen werden sollten. Interessant sind immerhin zwei Versionen, die eine, Frankreich wolle ein Zugeständnis in der Art, daß Sanktionen im Sinne des Versailler Diktats nicht von Paris allein, sondern nur als gemeinsamer Schritt aller Alliierten eintreten könnten. Die zweite Version: Herr Tardieu beabsichtige, einer Anlage zum Young-Plan zuzustimmen, in der erklärt würde, es sei nicht die Absicht, das Versailler Diktat zu ändern, aber man wolle der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Anwendung der einschlägigen Artikel in Zukunft überflüssig sein werde.

Beide Wege scheinen uns, wenn man sie auf französischer Seite überhaupt zu gehen wünscht, für Deutschland nicht akzeptabel zu sein.

Der Papst empfängt die Hochzeitsgäste

fr. Mailand, 6. 1. (Eigenbericht)

Am Nachmittag fand, wie angekündigt, der Empfang der Vertreter des Senates, des Abgeordnetenhauses und des großen fascistischen Parteirates statt. Mussolini mit seinem Kabinett wohnte in Galauniform der Zeremonie bei.

Der Papst hat die Empfänge der in Rom zur Hochzeitsfeier versammelten Fürstlichkeiten heute am Spätnachmittag bereits begonnen, und zwar in Privatauditien für die Herzöge von Parma-Bourbon, für den Herzog Konrad von Bayern und Gemahlin und den Prinzen Johann Georg von Sachsen.

Das Kronprinzenpaar wird am Mittwoch nach der Trauung, und zwar um ½1 Uhr, mit Gefolge vom Papst in Privataudienz empfangen.

Unsere Meinung

Die zahlreichen Zusammenbrüche und Schwierigkeiten im Berliner Vergnügungs- und Gaststättengewerbe legen es nahe, die Gründe weniger in Fehldispositionen und unglücklichen Zufällen bei den einzelnen Unternehmungen zu suchen, als vielmehr ungünstige Verhältnisse und Vorbedingungen für den gesamten betroffenen Wirtschaftszweig verantwortlich zu machen. Zu Berliner Vergnügungs- und Gaststättengewerbe ist zweifellos eine Ueberexpansion zu verzeichnen gewesen, weniger in dem Sinne, daß ein Zuviel an angebotenem Raum entstanden wäre. Der Grund liegt vielmehr darin, daß eine ganze Reihe von Betrieben auf ungesunder Kalkulationsbasis arbeitete. Speise und Trank wurden zu einem Preis verabreicht, der die Kosten nicht decken konnte, und zwar deshalb, weil auf den einzelnen Gast zuviel an Regie, Zins und Anlage-Amortisationskosten entfielen. Dies rührte wieder daher, daß die Ausstattung der Lokale teilweise zu luxuriös geworden war und daß diese Ausstattung mit Krediten bis zu 12 und mehr Prozent Verzinsung finanziert werden mußte. Einzelne größere Lokale hätten nur auf ihre Kosten kommen können, wenn auf den Kopf des Gastes eine Durchschnittsrechnung von 10 Mark anstatt von 4 bis 5 Mark entfallen wäre. Diese Gaststätten hätten bei entsprechender Heraufsetzung ihrer Preise mit einem allmählichen Leerwerden ihrer Lokale rechnen müssen. So wie es geschehen ist, haben sie mit ihren Preisen die Kundschaft von anderen Lokalen weggezogen, die für gleiches Geld geringeren Luxus boten. So wurde die Zweifelkalkulation einzelner zur Verlustkonkurrenz für alle. Wenn das Vergnügungsgewerbe selbst auf die Luxussteuer als wesentlichen Grund der heutigen Misere verweist, so kann man auch diesem Moment seine relative Bedeutung nicht absprechen, man darf jedoch nicht vergessen, daß alle Wirtschaftszweige, auch die existenznotwendigsten, unter schwerstem Steuerdruck seufzen. In einzelnen Fällen haben bei den jetzigen Schwierigkeiten auch andere Umstände mitgesprochen, so z. B. plötzliche Kreditkündigungen durch selbst in Geldverlegenheit geratene Stellen, oder zu hohe Pacht bei Betrieb in fremden Räumen. Letzteres scheint vor allem bei den Schwierigkeiten des viel besuchten Ausflugslokals „Onkel Toms Hütte" eine Hauptrolle zu spielen. Es kann wohl überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß die Mieten für Geschäftsgrundstücke in Berlin durchweg zu hoch sind, und zwar nicht vom Standpunkt sentimentaler Gerechtigkeitserwägung, sondern von dem der wirtschaftlichen Vernunft aus betrachtet. Den besten Beweis hierfür liefert die ständige Zunahme des Angebots an leerstehenden Räumen. Wir haben den Eindruck, daß sich die Besitzer von Geschäftsgrundstücken an sehr vielen Stellen zu einer Ermäßigung ihrer Forderungen werden bequemen müssen, wenn sie nicht nur solche Mieter behalten wollen, die weniger sorgfältig kalkulieren und Pachtsummen aufzubringen hoffen, für deren Herauswirtschaftung angesichts der Wirtschaftslage des deutschen Volkes durchaus die Voraussetzungen fehlen. „Kurztreten" muß die Parole des Jahres 1930 sein, wenn es uns der wirtschaftlichen Gesundung näherbringen soll.